

A1NEU Helfen heißt Verantwortung übernehmen

Antragsteller*innen:

Antragstext

1 Die Auswirkungen der Corona-Pandemie zwingen den Staat zu wirtschaftlichen
2 Stützungsmaßnahmen. Dieses Eingreifen ist richtig, darf aber nicht zur
3 Herstellung des Status quo ante führen. Politisches Handeln ist nicht neutral
4 und kann es auch in diesem Fall nicht sein – ein Staat, der sich den Pariser
5 Klimazielen und den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen
6 verpflichtet hat, darf diese bei Konjunkturmaßnahmen nicht unterlaufen. Im
7 Gegenteil, er hat die Chance und die Pflicht, diese Ziele aktiv zu verfolgen.
8 „Do no harm“ reicht nicht aus, wenn Hunderte von Milliarden Euro an
9 Finanzmitteln freigesetzt werden, sie müssen die gesellschaftliche
10 Transformation zu den selbst gesteckten Zielen voran bringen. Diesen
11 Anforderungen wird das von der Bundesregierung im Juni 2020 geschnürte
12 Konjunkturpaket nicht gerecht – Klimaschutz, Nachhaltigkeit und konjunkturelle
13 Impulsprogramme stärker zusammen denken ist das Gebot der Stunde! Wir als BAG
14 Wirtschaft und Finanzen sind der Auffassung, dass sich staatliches Eingreifen
15 zur konjunkturellen Stabilisierung an fünf zentralen Kriterien messen lassen
16 muss, von denen einige in der öffentlichen Debatte bislang zu kurz kommen.

17 1. Konjunkturlösungen transformativ gestalten

18 Es ist essenziell, dass Programme, die die Konjunktur in Deutschland und Europa
19 zu stimulieren versuchen, tatsächlich transformativ wirken und insbesondere der
20 Erreichung der Pariser Klimaziele und der Ziele der UN Agenda 2030 („Social
21 Development Goals“) dienen. Sie müssen die besonders betroffenen unteren
22 Einkommen zielgerichtet entlasten, sowie die europäische und globale Solidarität
23 fördern.

24 Pauschale Konsumanreize zum Beispiel haben keine zielgerichtete transformative
25 Wirkung. Stattdessen gibt es zahlreiche sinnvolle Ideen, wie nachhaltige
26 Investitionen in den Bereichen Energie, Industrie, Verkehr, Bauen und
27 Landwirtschaft gefördert werden können, die Deutschland und Europa den Weg in
28 eine zukunftsfähige Wirtschaft ebnen können. Rückwärtsgewandte
29 Wirtschaftsbereiche, etwa im Bereich fossiler Technologien, müssen dagegen
30 konsequent ausgebremst werden. Es ist auf allen Ebenen Klarheit zur Richtung der
31 wirtschaftlichen Transformation zu schaffen!

32 Der Green Deal der Europäischen Kommission ist ambitioniert und sollte von
33 Grüner Politik unterstützt werden. Alle nationalen Konjunkturpakete sollen mit
34 dem EU Green Deal in Einklang gebracht werden. Wo möglich sollte auch der €750
35 Mrd. Next Generation EU-Plan der Kommission für die Umsetzung des Green Deal
36 nutzbar gemacht werden.

37 Durch die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen könnten öffentliche
38 Haushalte jährlich geschätzt über €50 Mrd. einsparen. Hunderte Milliarden
39 entgehen Deutschland und Europa jedes Jahr durch die Toleranz von Steueroasen

40 und – Schlupflöchern. Diese Mittel können, ganz ohne neue Schuldenaufnahme, die
41 Investitionen zugunsten einer sozial-ökologischen Transformation finanzieren.

42 2. Eine gerechtere Verteilung der 43 Einkommensstützen

44 Die Bundesregierung hat zahlreiche Erleichterungen für Kurzarbeit beschlossen.
45 Diese Leistungen werden jedoch nicht vom Bundeshaushalt finanziert, sondern von
46 jenen, die Beiträge bezahlen. Zwar hat die Bundesagentur für Arbeit erhebliche
47 Rücklagen, aber untere Einkommen tragen hier viel mehr bei als zu
48 Steuereinnahmen: Nicht nur zahlen auch niedrige Einkommen den festen
49 Beitragssatz ab dem ersten Euro, sondern die Beitragsbemessungsgrenze sorgt
50 dafür, dass höhere Einkommen prozentual sogar weniger zahlen als niedrige
51 Einkommen. Die Bevölkerungsteile mit geringen Einkommen müssen gezielt entlastet
52 werden.

53 Die Corona-Krise hat zu Ausgaben von über 30 Milliarden Euro geführt, die
54 teilweise auf die Ausweitung der Unterstützung zurückgehen (Einkommenshilfen
55 wurden aufgestockt und der Arbeitgeberbeitrag übernommen). Es ist nicht gerecht,
56 dass diese spezifischen Corona-Maßnahmen überproportional von niedrigen
57 Einkommensschichten gestemmt werden.

58 Auch darüber hinaus sind von den Auswirkungen der Krise Gering- und
59 Durchschnittsverdiener, die häufig in Kurzarbeit oder ganz arbeitslos geworden
60 sind, deutlich stärker betroffen als Besserverdienende und Vermögende, die
61 zumeist lediglich ihren Arbeitsplatz verlegt haben. Das muss sich auch in der
62 Frage der Lastenteilung von staatlichen Ausgaben widerspiegeln und wird somit zu
63 einer Verteilungsfrage: Zur Bewältigung der Corona-Krise muss auch eine
64 Verlagerung der hohen Steuer- und Abgabenlast von geringen und mittleren
65 Einkommen hin zu Spitzeneinkommen, Erbschaften und Ressourcen gehören. Eine
66 einmalige Vermögensabgabe kann ebenfalls ein zielführendes Instrument sein,
67 damit die Corona-Pandemie die ohnehin große Ungleichheit in unserer Gesellschaft
68 nicht noch verstärkt.

69 3. Effektive Überlebenshilfen für KMUs

70 Die unmittelbare Reaktion des Bundes und vieler Länder auf die Corona-bedingten
71 Herausforderungen von KMUs war größtenteils angemessen: rasche und
72 unbürokratische Kreditlinien zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen. Je
73 länger die Corona-Krise jedoch andauert, desto weniger zielführend werden diese
74 Art von KMU-Liquiditätshilfen, da die Gefahr der bilanziellen Überschuldung
75 wächst.

76 Um eine Welle von Insolvenzen zu verhindern und Arbeitsplätze zu sichern, ist
77 auf Wunsch der Unternehmen eine Umwandlung von notleidenden KMU-Krediten in
78 stille Beteiligungen oder Kredite mit unbegrenzter Laufzeit, qualifiziertem
79 Nachrang und Sondertilgungsoptionen vorteilhaft. Eine Wandlung von Fremd- in KMU
80 Eigenkapitalbeteiligungen bzw. in unbefristetes Fremdkapital muss an
81 Vereinbarungen über ein nachhaltiges Wirtschaften gekoppelt sein.

82 Falls KMUs auch nach dieser zweiten Chance die Insolvenz nicht abwenden können,
83 wird der Staat einen Verlust machen. Zur fairen Finanzierung der Verluste sollte
84 ein transparenter Fonds aufgebaut werden, der diese Verluste möglichst durch
85 Gewinne aus Dividenden und Anteilsrückkäufen ausgleicht. Sollte dies nicht
86 ausreichen, können zum Ausgleich Aufschläge auf Unternehmen- oder
87 Vermögensteuern erhoben werden. In Frankreich gibt es bereits seit 25 Jahren
88 eine vergleichbare Institution.

89 Für viele kleine Dienstleistungsbetriebe (z.B. Gastronomie, Bühnen, Friseure
90 usw.) stellen behördlich angeordnete Schließungen eine besondere
91 Herausforderung dar, weil Mietkosten für die Gewerberäume trotz zwangsweise
92 fehlenden Umsatzes weiterhin voll anfielen. Das kann sich an Corona-Brennpunkten
93 wiederholen. Hier muss die Bundesregierung eine angemessene Lösung in
94 Zusammenarbeit mit der Immobilienwirtschaft finden und sie für die Zeit der
95 Zwangsschließung zu einer Mietzinssenkung verpflichten (z.B.

96 4. Kontrolle bei Aktiengesellschaften nutzen

97 In größeren Unternehmen, an denen der Staat beteiligt ist, muss der Staat seine
98 Verantwortung wahrnehmen. Stille Beteiligungen sind hier nicht sinnvoll. Der
99 Staat geht als Kapitalgeber erhebliche Risiken ein. Deshalb dürfen Steuermittel
100 nicht zur Stützung angeschlagener Konzerne verwendet werden, ohne den Schutz des
101 Gemeinwohlinteresse an oberste Stelle zu setzen. Stattdessen sollten diese
102 Unternehmen nach ESG-Kriterien umgewandelt werden.

103 Steuervermeidungsstrategien müssen ebenso ausgeschlossen werden wie
104 Aktienrückkäufe oder Dividendenzahlungen oberhalb der Inflationsrate, solange
105 die staatliche Beteiligung andauert. Für Managergehälter empfehlen sich
106 Deckelungen. Eine verbindliche Verpflichtung zu klimafreundlicherem, sozial-
107 ökologischem Wirtschaften mit nachprüfbarer Performance Indikatoren und
108 Sanktionsmechanismen muss eine weitere Verpflichtung sein.

109 Im Hinblick auf Corporate Governance-Kriterien gehört zu einer Deckelung der
110 Vorstands- und Aufsichtsratsentlohnungen auch die Einführung und Umsetzung eines
111 Plans zur Förderung von Frauen in Führungspositionen und ggf. zur Stärkung der
112 Mitbestimmung im Unternehmen.

113 Für Teilnehmer an globalen Wertschöpfungsnetzen sind die Kriterien des geltenden
114 Corporate-Governance-Kodex auf Supply Chain Governance zu erweitern.
115 Insbesondere ist die Verantwortung deutscher Unternehmen für solche Lasten
116 durchzusetzen, die von Personen getragen werden, die im Ausland zum
117 wirtschaftlichen Erfolg deutscher Handelspartner beitragen, aber dennoch von
118 Verhandlungen ausgeschlossen sind oder nicht ausreichend beteiligt werden. In
119 erster Linie ist dazu die Einführung verbindlicher und sanktionsbewehrter
120 menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten erforderlich.

121 5. Funktionsfähigkeit von Kommunen sichern

122 Kommunen erbringen bei u.a. Gesundheits- und Mobilitätsinfrastruktur, Bildung
123 und Kultur tagtäglich spürbare staatliche Leistung mit zentraler Rolle für die
124 Bürger*innen.

125 Maßnahmen des Bundes welche den Erhalt der kommunalen Tragfähigkeit zum Ziel
126 haben, müssen daher sowohl alle Corona-bedingte Haushaltsmindereinnahmen
127 (Steuermindereinnahmen wie auch Verluste bei den Kita-Beiträgen), als auch
128 Mindereinnahmen der kommunalen Unternehmen in den Blick nehmen. Hinzu kommen
129 Corona-bedingt Ausgabensteigerungen, bspw. bei den Sozialausgaben, Soforthilfen
130 für Kulturschaffende, etc.

131 Da die Kommunen in der Regel ihre Schuldenbremse nicht wie der Bund
132 konjunkturbedingt lockern können, sind klare Regelungen für Bundeshilfen über
133 das Jahr 2020 hinaus dringend erforderlich, insbesondere für die Jahre 2021 und
134 2022, um eine Haushaltsaufstellung ohne prozyklische Ausgabenkürzungen zu
135 ermöglichen. Kommunale Träger organisieren dabei oft Pflege, Gesundheit und
136 soziale Dienstleistungen deren Beschäftigte gerade in der Corona-Krise Großes
137 geleistet haben aber gering entlohnt werden. Investitionen in Bildung und
138 Gesundheit zahlen sich für das Gemeinwohl aus, motivierte und gerechte Bezahlung
139 gehört dazu. Staatliche Unterfinanzierung^[1] des Bildungssystems in Deutschland
140 ist nicht weiter hinzunehmen. Staatliche Einrichtungen des Gesundheitswesens
141 können und sollten mit Qualitätsoffensiven, menschlichen Arbeitsbedingungen und
142 Digitalisierung zu Zukunftsfähigkeit voranschreiten.

143 ^[1] Quelle: Eurostat: Online-Datenbank: Öffentliche Ausgaben für Bildung in %
144 des BIP (03/2019), Öffentliche Ausgaben für Bildung in jeweiligen Preisen
145 (09/2018)

146 Lizenz: [cc by-nc-nd/3.0/de/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)